

Fraktion

In der Fraktion haben wir ein Positionspapier zur landwirtschaftlichen Risikovorsorge beschlossen. Wetterextreme wie Dürren nehmen immer weiter zu und treffen die Landwirtschaft hart. Bund und Länder haben dieses Jahr 340 Millionen Euro für Dürrehilfen bereitgestellt - aus öffentlichen Mitteln. Wir wollen, dass künftig ein Nationaler Agrar-Fonds eingerichtet wird, der sich vor allem aus Mitteln der EU-Direktzahlungen zusammensetzen soll. So können Landwirte sich selbst helfen und Steuerzahler müssen nicht einspringen.

Plenum

Diese Woche haben wir endlich den Paragraphen 219a StGB geändert. Schwangere Frauen können jetzt alle notwendigen Informationen über einen Schwangerschaftsabbruch bekommen. Ärztinnen und Ärzte können nun rechtssicher auf ihren Homepages über Schwangerschaftsabbrüche informieren. Das sind wichtige Fortschritte, die wir hart gegen die CDU/CSU erkämpfen mussten.

Am Donnerstag hat der Bundestag über die Änderung des Grundgesetzes abgestimmt. Die schon lange beschlossenen Gelder für die Digitalisierung der Schulen können bald fließen. Erst muss aber noch der Bundesrat zustimmen. Das passiert am 15. März.

Diese Woche wurden zwei Gesetze verabschiedet, die sozialen Schutz für Bürger aus dem Vereinigten Königreich und Deutschland im Falle eines unregulierten Brexit herstellen sollen.

Europäischer Polizeikongress

Ausrüstung, Digitalisierung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität: Wie sieht die Polizeiarbeit der Zukunft aus und vor welchen Herausforderungen stehen die Sicherheitsbehörden? Diese und viel mehr Fragen standen im Zentrum des diesjährigen Europäischen Polizeikongress in Berlin. Bei diesem Kongress mit fast 2.000 Teilnehmern durfte ich in einem Fachforum die politische Bedeutung Internationaler Polizeimissionen beleuchten. Die rege Teilnahme und Diskussion haben mir gezeigt, dass das ein brandaktuelles Thema ist.



Die Teilnehmer des Fachforums: Joachim Haack (BMI), Moderatorin Dagmar Busch (Abteilungsleiterin BMI), Philip Bovensiepen (Landesamt für Ausbildung NRW), Robert Nerud, Leiter Institutsbereich Polizeiliche Auslandseinsätze BaWü.

Ausschuss Innen

Im Innenausschuss wurden wir in dieser Woche über einen verhinderten Anschlag in Schleswig-Holstein unterrichtet. Die Sicherheitsbehörden haben die Tatverdächtigen aus dem Irak monatelang intensiv überwacht und dann im Januar zugegriffen. Die beiden Verdächtigen hatten versucht, aus Silvesterböllern Bomben zu bauen. Die Polizei nahm die Beiden fest, weit bevor sie einen funktionsfähigen Sprengsatz gebaut hatten. Vielen Dank an unsere Sicherheitsbehörden. Das war exzellente Arbeit.

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Auf der Tagesordnung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft stand ein Bericht der Bundesregierung zum staatlichen Tierwohllabel. Bundesministerin Klöckner hat Anfang Februar diesen Jahres die Kriterien des Tierwohllabels öffentlich vorgestellt. Befremdlich dabei ist, dass die Sauenhaltung bislang im Label fehlt. Ein Großteil der Wertschöpfungskette ist somit im Label nicht abgebildet. Hier muss dringend nachgebessert werden!

DPolG-Bundespolizei

Bei einem Gespräch mit der DPolG-Bundespolizei haben wir über das Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz gesprochen. Der erste Vorschlag des Bundesinnenministeriums geht schon in die richtige Richtung. Nachbesserungsbedarf gibt es noch in Teilen, insbesondere bei der Mütterrente.



100 Jahre Frauenwahlrecht

In dieser Woche vor 100 Jahren hat mit Marie Juchacz die erste Frau in einem deutschen Parlament gesprochen. Dieses Ereignis haben wir am vergangenen Montag gebührend gefeiert und engagierten Frauen den Marie-Juchacz-Preis verliehen.



Foto: Andreas Amann

Frauenfrühstück Parität

Frauen machen rund 50,7 Prozent der Bevölkerung in Deutschland aus. Im Bundestag sind aber nur 30,9 Prozent der Abgeordneten Frauen. Absolutes Schlusslicht ist dabei die AfD-Fraktion mit gerade einmal 10,87 Prozent. Ich habe am Mittwoch an einer Sitzung teilgenommen, bei der wir besprochen haben, wie wir den Anteil der Frauen erhöhen könnten und ob es einen Weg über das Wahlrecht gibt. Gerade diese Fragen sind mit der Mischung zwischen Listen- und Verhältniswahl nicht leicht zu beantworten. Darüber hinaus wird es nötig sein, die Parlamentsgröße wieder zu reduzieren. Aber ich bin mir sicher, dass wir Antworten finden werden. Frauen gehört die Hälfte der Welt, also sollten ihnen auch die Hälfte der Parlamentssitze gehören.

Am Sonntag geht es zur nächsten Sitzung des Europol-Kontrollgremiums in Bukarest. Ihnen/Euch ein schönes Wochenende!